



Institut für
Wirtschaftsforschung
an der Universität München

**ifo Konjunkturprognose 2007:
Konjunkturelle Auftriebskräfte bleiben stark**

Pressefassung

Sendesperrfrist:

Donnerstag, 14. Dezember 2006, 10.30 Uhr MEZ

München, 14. Dezember 2006

ifo Konjunkturprognose 2007: Konjunkturelle Auftriebskräfte bleiben stark

Die Weltwirtschaft hat in diesem Jahr mit einer Wachstumsrate von gut 5 % erneut überdurchschnittlich expandiert. Dies liegt zum einen daran, dass die Trendwachstumsrate der Weltproduktion mit gut 4 % nunmehr um etwa einen Prozentpunkt höher ist als zu Beginn der neunziger Jahre. Maßgeblich hierfür ist vor allem die Integration schnell wachsender Schwellenländer wie China, Indien, Russland und Osteuropa in die Weltwirtschaft. Zum anderen befindet sich die Weltwirtschaft im Jahr 2006 im dritten Jahr eines globalen Konjunkturaufschwungs, bei dem sie deutlich kräftiger expandiert als die Trendwachstumsrate.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum schwungvoll bleiben, sich jedoch vorübergehend etwas abschwächen. Die Geldpolitik wird neutral bis leicht expansiv ausgerichtet sein. Die Entwicklung in den einzelnen Regionen wird sich dabei annähern. In den Vereinigten Staaten wird das Bruttoinlandsprodukt zunächst verlangsamt – leicht unterhalb der Trendwachstumsrate – steigen, ehe es sich erneut beschleunigt. Der Konsum dürfte sich trotz der Flaute am Immobilienmarkt weiterhin robust entwickeln. Die Investitionen werden nach einer vorübergehenden Abflachung zunehmend dynamisch expandieren. Der Anstieg der Produktion in Japan wird sich robust fortsetzen, dabei jedoch etwas verhaltener ausfallen. In China wird das Bruttoinlandsprodukt beschleunigt expandieren; in den übrigen Ländern Ostasiens wird die konjunkturelle Dynamik, ebenso wie in Lateinamerika, solide bleiben, sich jedoch ebenfalls etwas verlangsamen. In den Schwellenländern wird sich die wirtschaftliche Entwicklung schwungvoll fortsetzen. Im Euroraum wird das Bruttoinlandsprodukt merklich zunehmen. Der Konsum dürfte infolge der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt lebhaft steigen. Die Investitionen dürften etwas verlangsamt, aber dennoch spürbar expandieren.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zum Jahresende 2006 in einem kräftigen Aufschwung, der Anfang 2005 begonnen hat. Treibende Kraft des Booms ist weiterhin die Auslandsnachfrage, die trotz der diesjährigen kräftigen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar aufgrund der schwungvollen Weltkonjunktur erneut sehr

kräftig zugelegt hat. Die Exporte dürften im Jahresdurchschnitt 2006 um 10,5 % gestiegen sein, das ist der größte Zuwachs seit dem Jahr 2000. Anders als im Jahr 2005 ist nunmehr aber auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen. Die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen wurden im laufenden Jahr recht zügig ausgeweitet. Der private Konsum, mit einem Anteil von 59 % am nominalen BIP die gewichtigste Verwendungskomponente, vermochte im laufenden Jahr zum ersten Mal seit dem Jahr 2001 wieder etwas zuzulegen. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt 2006 um 2,5 % expandiert sein, nach 0,9 % im Vorjahr. Allerdings gab es in diesem Jahr erneut eine etwas geringere Zahl von Arbeitstagen als im Vorjahr. Nach Ausschaltung dieser Kalenderschwankung ist die Zuwachsrate der Produktion im laufenden Jahr sogar auf 2,7 % zu veranschlagen. Das Finanzierungsdefizit des Staates wird sich 2006 auf rund 42 Mrd. Euro oder 1,8 % des Bruttoinlandsprodukts belaufen. Damit hält Deutschland erstmals seit 2001 wieder die Obergrenze des Maastricht-Vertrages für das Finanzierungsdefizit (3 % des Bruttoinlandsprodukts) ein.

Die konjunkturelle Wende auf dem Arbeitsmarkt hat stattgefunden. Die Zahl der saison- und kalenderbereinigten geleisteten Arbeitsstunden erhöhte sich im zweiten und dritten Quartal 2006 kräftig. Im Zuge der steigenden Kapazitätsauslastung wurden seit Jahresbeginn saisonbereinigt etwa 350 000 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg saisonbereinigt seit dem Wendepunkt im Februar bis zum September um etwa 320 000. Der Aufschwung hat zugleich auch zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Im Jahresdurchschnitt 2006 dürfte die Zahl der Arbeitslosen um gut 360 000 gesunken sein.

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben zunächst erheblich gedämpft; gleichwohl wird sich dann aber der Aufschwung fortsetzen. Nach einem „klassischen“ Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Winterhalbjahr 2004/05 der untere Wendepunkt erreicht.

Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet werden, im Jahre 2007 kräftig genug sein, dass der Aufschwung nicht zum Erliegen kommt.

Die Investitionsdynamik bei den Ausrüstungen und im Wirtschaftsbau wird deshalb 2007 recht kräftig bleiben. Auch das Arbeitsvolumen steigt weiter. Der negative Effekt der Mehrwertsteuererhöhung auf den Konsum dürfte zudem nicht so groß sein, dass es in der Jahresdurchschnittsbetrachtung zu einem absoluten Rückgang der Verbrauchsausgaben kommt. Aufgrund der hohen staatlichen Defizite wurde eine Steuererhöhung nämlich von vielen bereits seit längerem erwartet und hat zur Konsumschwäche und dem Anstieg der Sparquote in den vergangenen Jahren beigetragen. Der private Konsum dürfte trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Einnahmen mit 0,5 % leicht zunehmen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,9 % expandieren, kalenderbereinigt um 2,0 %. Bei alledem wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter bessern. Im Verlauf des Jahres 2007 ist mit einer Abnahme der Arbeitslosigkeit um 200 000 zu rechnen, was einem Rückgang des Jahresdurchschnitts um 380 000 entspricht. Die Inflationsrate dürfte mit jahresdurchschnittlich 2,3 % allerdings merklich höher sein als in diesem Jahr (+1,7 %). Für das staatliche Budgetdefizit zeichnet sich für 2007 eine weitere Verminderung auf 30 Mrd. Euro ab, das entspricht 1,3 % des Bruttoinlandsprodukts.

Im Jahr 2008 dürfte der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad weiter zunehmen, die konjunkturelle Dynamik wird dabei im Verlauf aber etwas schwächer werden. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird um 2,3 % zunehmen, kalenderbereinigt sind das etwa 2 %. Nach dem Durchwirken des mehrwertsteuerbedingten Preisschubs ist mit einer Inflationsrate um 1 ½ % zu rechnen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresverlauf noch um rund 100 000 sinken, was im Jahresdurchschnitt eine um 150 000 niedrigere Arbeitslosenzahl bedeutet. Die Finanzlage des Staates dürfte sich dabei weiter entspannen. Ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um reichlich 2 % würde für sich genommen zu einem Rückgang des Finanzierungsdefizits um etwa

0,5 Prozentpunkte führen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in diesem Jahr größere Reformvorhaben in Kraft treten sollen, nämlich die Unternehmensteuerreform und die Gesundheitsreform, deren konkrete Ausgestaltung und finanzielle Auswirkungen noch nicht klar abzuschätzen sind. Außerdem wird es wieder spürbare Entgeltanhebungen im öffentlichen Dienst geben. Deshalb dürfte sich der Finanzierungssaldo nur um etwa 0,2 Prozentpunkte auf -1,1 % des Bruttoinlandsprodukts verbessern.

Der Anstieg der Löhne war in den vergangenen Jahren sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich sehr niedrig. Das gilt sowohl für die Tarif- als auch für die Effektivlöhne. In den kommenden Tarifrunden sollten die Gewerkschaften die Anhebung der Mehrwertsteuer nicht zum Anlass nehmen, deutlich höhere Tariflohnsteigerungen durchzusetzen. Der Teil der Inflation, der auf diese Erhöhung zurückgeht, wird vom Staat beansprucht und ist nicht mehr zu verteilen. Die Mehrwertsteuererhöhung und die Nettoentlastung bei den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung erhöhen die Inflationsrate im nächsten Jahr unter der Annahme einer vollen Überwälzung um etwa einen Prozentpunkt. Da auch der Arbeitnehmeranteil sinkt, erhöht sich der Nettolohn dadurch um rund 0,8 %. In der Summe verlieren die Arbeitnehmer beim Lohneinkommen durch die beiden fiskalpolitischen Maßnahmen (Mehrwertsteuererhöhung und Senkung der Lohnnebenkosten) real und netto gerechnet nur wenig (etwa 0,2 %), die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten praktisch gar nichts. Dabei sind allerdings Kürzungen bei der Entfernungspauschale, Abbau der Eigenheimzulage usw. sowie die reale Senkung der Nichtlohneinkommen nicht berücksichtigt.

**Eckdaten der Prognose
für die Bundesrepublik Deutschland**

	2004	2005	2006 (1)	2007 (1)	2008 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^{a)}					
Private Konsumausgaben	0,1	0,1	1,1	0,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	-1,3	0,6	1,1	0,6	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	0,8	5,0	3,8	4,6
Ausrüstungen	4,2	6,1	7,7	6,8	8,0
Bauten	-3,8	-3,6	2,9	1,3	1,9
Sonstige Anlagen	1,2	4,7	4,8	4,2	4,0
Inländische Verwendung	0,0	0,5	1,9	1,5	1,9
Exporte	9,6	6,9	11,2	7,1	7,8
Importe	6,9	6,5	11,0	6,9	7,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,2	0,9	2,5	1,9	2,3
Erwerbstätige^{b)} (1000 Personen)	38875	38823	39054	39375	39565
Arbeitslose (1000 Personen)	4381	4861	4498	4118	3968
Arbeitslosenquote^{c)} (in %)	10,1	11,2	10,3	9,5	9,1
Verbraucherpreise^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	2,0	1,7	2,3	1,5
Finanzierungssaldo des Staates^{e)}					
- in Mrd. EUR	-82,5	-72,6	-41,6	-30,2	-26,3
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,7	-3,2	-1,8	-1,3	-1,1
nachrichtlich:					
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	1,4	2,7	2,2	2,4
Verbraucherpreisindex im Euroraum^{f)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,2	2,2	2,1	1,8
<small>1) Prognose des ifo Instituts.- a) Preisbereinigte Angaben.- b) Inlandskonzept.- c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- d) Verbraucherpreisindex (2000=100).- e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- f) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (2005=100).</small>					

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.